

## **Management, Rechnungslegung und Unternehmensbesteuerung**

Schriftenreihe des Instituts für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre  
Helmut-Schmidt-Universität  
Universität der Bundeswehr Hamburg

Herausgegeben von  
Univ.-Prof. Dr. R. Federmann und Univ.-Prof. Dr. H.-J. Kleineidam

Band 28

# **Beteiligungen an ausländischen Personengesellschaften**

## **Steuerliche Gewinnermittlung und Einkunftsabgrenzung**

von

Dipl.-Kfm. Dr. Daniel Liebchen

---

ERICH SCHMIDT VERLAG

**Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über [dnb.ddb.de](http://dnb.ddb.de) abrufbar.

**Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter**  
[ESV.info/978 3 503 10692 9](http://ESV.info/978_3_503_10692_9)

Zugl.: Hamburg, Helmut-Schmidt-Univ. –  
Univ. der Bundeswehr Hamburg, Diss., 2007 u.d.T.

Gewinnermittlung und Einkunftsabgrenzung  
bei Beteiligungen an ausländischen Personengesellschaften

Gedruckt mit Unterstützung  
der Helmut-Schmidt-Universität  
Universität der Bundeswehr Hamburg

ISBN 978 3 503 10692 9

ISSN 0948-7026

Alle Rechte vorbehalten  
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2008  
[www.ESV.info](http://www.ESV.info)

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek  
und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit  
und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen  
der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

## **Geleitwort des Mitherausgebers**

Bedienen sich deutsche Unternehmen für ihr Auslandsengagement der Rechtsform einer ausländischen Personengesellschaft, wird die mit der Steuerwirkungsanalyse befasste Wissenschaft und Praxis mit einem Problembestand konfrontiert, den höchst komplexe Fragestellungen des innerstaatlichen Rechts ebenso wie des Abkommensrechts prägen. Er resultiert angesichts der bisherigen Erkenntnisse nur noch im Ansatz aus Unterschieden in den Besteuerungskonzeptionen für Personengesellschaften, die auf Abkommensebene Einordnungskonflikte hervorbringen. Ihre am Fiskalinteresse orientierte Auflösung ist Regelungsgegenstand des durch das Jahressteuergesetz 2007 eingeführten § 50d Abs. 9 EStG sowie der in Entwurfsfassung verlautbarten Grundsätze der deutschen Finanzverwaltung zur Anwendung von Doppelbesteuerungsabkommen auf Personengesellschaften. Den Problembestand prägen vielmehr die Konsequenzen, die aus der Anknüpfung an eine dem Gesellschafter aus diesem Beteiligungsengagement zuzurechnende eigene Betriebsstätte gezogen werden. In der jüngsten Diskussion und in der Rechtsprechung des BFH ist eine verstärkte Vermengung mit Fragestellungen zu verzeichnen, die der internationalen Einkunftsabgrenzung zwischen Stammhaus und Betriebsstätte zugehören. Diese Entwicklung wird getrieben von Erkenntnissen zur inhaltlichen Präzisierung der Betriebsstättenvorbehalte und der Ableitung von Zuordnungsmaßstäben, denen für die Erfolgsermittlung aus derartigen Auslandsbeteiligungen Bedeutung beizumessen sei. Im Kern steht die Reichweite der von § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG getragenen Zuordnungsentscheidung und die kritikwürdige Sicht zur Diskussion, ob die Einkunftsabgrenzung bei Personengesellschaften ungeachtet einer eigenen Betriebsstättenorganisation von denselben Abgrenzungsregeln beherrscht wird, wie sie bei grenzüberschreitend agierenden Einheitsunternehmen zur Anwendung kommen.

Vor diesem Hintergrund entwickelt der Verfasser mit beispielhafter Originalität und Stringenz eine Grundkonzeption für die Einkunftsabgrenzung bei Personengesellschaften. Ausgangspunkt ist hierbei die sowohl theoretisch als auch praktisch überzeugende Erkenntnis, dass erst für eine mit eigener Betriebsstättenorganisation ausgestattete (ausländische) Personengesellschaft eine Einkunftsabgrenzung erforderlich wird und für diese „Einkunftsabgrenzungssphäre“ die von der innerstaatlichen Gewinnermittlung induzierte Zuordnungsentscheidung des § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG zu akzeptieren ist. Mit dem Vorschlag einer Zweistufigkeit der „Einkunftsabgrenzungsveranstaltung“ wird die den Abgrenzungsregeln der Einkunftsabgrenzung entthobene zweite Stufe durch die Entwicklung eigener Zuordnungsmaßstäbe operationalisiert. Damit liefert diese Arbeit erstmalig einen Ansatz für die Zuordnung von Sondervergütungen und Sonderbetriebsvermögen zu einzelnen Betriebsstätten einer Personengesellschaft. Die abkommensrechtliche Beurteilung wird von einem neuartigen Verständnis des Verhältnisses der

abkommensrechtlichen Konventionen der Einkunftsabgrenzung zum Regelungsgegenstand der Betriebsstättenvorbehalte getragen. Letztere geben der Einkunftsabgrenzung keinen Zuordnungsmaßstab vor, sondern entscheiden eine Rechtsfolgenkonkurrenz. Die Abhandlung präzisiert hierfür unter kritischem Abgleich von Rechtsprechung und Literaturmeinungen die inhaltlich an die „tatsächliche Zugehörigkeit“ von Wirtschaftsgütern des Gesamthands- ebenso wie des Sonderbetriebsvermögens zu stellenden Anforderungen. Bemerkenswert tiefgründige Erkenntnisse zur Entstrickungsproblematik und zur begrenzten Reichweite von § 50d Abs. 9 EStG runden die Untersuchung ab.

Im Ergebnis liegt mit der Arbeit ein umfassender, origineller, auf einem systematisch geschlossenen Konzept beruhender Ansatz zu Gewinnermittlung und Einkunftsabgrenzung bei Beteiligungen an ausländischen Personengesellschaften vor. Diesem wegweisenden Beitrag ist eine nachhaltige Beachtung in Wissenschaft und Praxis zu wünschen.

Hamburg, im Januar 2008

Hans-Jochen Kleineidam

## Inhaltsübersicht

<b>Geleitwort des Mitherausgebers</b> .....	<b>V</b>
<b>Inhaltsübersicht</b> .....	<b>VII</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>IX</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>XVII</b>
<b>1 Einleitung</b> .....	<b>1</b>
1.1 Problemstellung .....	1
1.2 Präzisierung des Untersuchungsgegenstands .....	3
1.3 Gang der Untersuchung.....	5
<b>2 Beurteilung nach nationalem Recht</b> .....	<b>8</b>
2.1 Einordnung des ausländischen Rechtsgebildes in das innerstaatliche Recht.....	8
2.2 Erzielung gewerblicher Mitunternehmereinkünfte.....	15
2.3 Grundsätze der Gewinnermittlung .....	24
2.4 Einkunftsabgrenzung bei Personengesellschaften nach nationalem Recht.....	39
<b>3 Abkommensrechtlicher Bezugsrahmen und subjektive Einordnung</b> .....	<b>104</b>
3.1 Wesensmerkmale des Abkommensrechts .....	104
3.2 Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen .....	109
3.3 Subjektiver Schutzbereich und Abkommensanwendung.....	130
<b>4 Abkommensrechtliche Beurteilung bei beiderseitigem Transparenzprinzip</b> ....	<b>171</b>
4.1 Abkommensrechtliche Einkunftsartenzuordnung .....	171
4.2 Zwischenstaatliche Aufteilung des Gewinnanteils .....	192
4.3 Leistungsbeziehungen zur Auslandspersonengesellschaft .....	247
4.4 Erträge aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften .....	368
4.5 Refinanzierung der Beteiligung an der ausländischen Personengesellschaft .....	380
<b>5 Abkommensrechtliche Beurteilung bei intransparenter Domizilstaatsbesteuerung</b> .....	<b>388</b>
5.1 Thesaurierte Gewinne .....	389
5.2 Gewinnausschüttungen .....	416
5.3 Leistungsbeziehungen zur Auslandspersonengesellschaft .....	430
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>449</b>
<b>Entscheidungsverzeichnis</b> .....	<b>480</b>

<b>Verzeichnis der Verwaltungsanweisungen.....</b>	<b>485</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>487</b>

## Inhaltsverzeichnis

<b>Geleitwort des Mitherausgebers</b> .....	<b>V</b>
<b>Inhaltsübersicht</b> .....	<b>VII</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>IX</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>XVII</b>
<b>1 Einleitung</b> .....	<b>1</b>
1.1 Problemstellung .....	1
1.2 Präzisierung des Untersuchungsgegenstands .....	3
1.3 Gang der Untersuchung.....	5
<b>2 Beurteilung nach nationalem Recht</b> .....	<b>8</b>
2.1 Einordnung des ausländischen Rechtsgebildes in das innerstaatliche Recht.....	8
2.2 Erzielung gewerblicher Mitunternehmereinkünfte.....	15
2.2.1 Originär gewerbliche Tätigkeit.....	16
2.2.2 Fiktionsbestimmte Gewerblichkeit .....	20
2.3 Grundsätze der Gewinnermittlung .....	24
2.3.1 Umfang der beteiligungsbezogenen Einkünfte .....	24
2.3.2 Ermittlung des Gesamtgewinnanteils .....	25
2.3.2.1 Erste Teilgewinnkomponente: anteiliger Gesamthandsgewinn ....	25
2.3.2.2 Zweite Teilgewinnkomponente: Sonderbilanzergebnis.....	31
2.3.2.3 Additive Verknüpfung beider Teilgewinnkomponenten .....	38
2.4 Einkunftsabgrenzung bei Personengesellschaften nach nationalem Recht.....	39
2.4.1 Betriebsstättenbezogene Anknüpfung als Bezugsrahmen .....	39
2.4.1.1 Beteiligung an ausländischen Personengesellschaften .....	41
2.4.1.1.1 Durch originär innerstaatliches Recht induzierte Erforderlichkeit .....	41
2.4.1.1.2 Durch bilaterales Vertragsrecht induzierte Erforderlichkeit ....	42
2.4.1.2 Beteiligung an inländischen Personengesellschaften .....	46
2.4.1.2.1 Gesellschaftsbezogene Erforderlichkeit .....	46
2.4.1.2.2 Gesellschafterbezogene Erforderlichkeit .....	47
2.4.1.2.3 Abkommensrechtlich induzierte Relevanz eines Zurechnungsmaßstabes für Sondervergütungen .....	48
2.4.2 Korrespondenz von Gewinnermittlungs- und Einkunftsabgrenzungssphäre .....	50



2.4.3	Zuordnung innerhalb der Einkunftsabgrenzungssphäre einer Personengesellschaft.....	63
2.4.3.1	Plädoyer für eine zweistufige Einkunftsabgrenzung.....	63
2.4.3.2	Beurteilung der vom Sondervergütungstatbestand erfassten Leistungsbeziehungen .....	69
2.4.3.2.1	Aufwandsmäßige Zuordnung von Sondervergütungen.....	70
2.4.3.2.2	Ertragsmäßige Zuordnung von Sondervergütungen.....	74
2.4.3.2.2.1	Kein explizierter Zuordnungsmaßstab im innerstaatlichen Recht .....	74
2.4.3.2.2.2	Zuordnung zur Geschäftsleitungsbetriebsstätte der Personengesellschaft?.....	75
2.4.3.2.2.3	Keine Anwendung der Zuordnungsgrundsätze der Einkunftsabgrenzung .....	79
2.4.3.2.2.4	Korrespondierende Zuordnung innerhalb der zweistufigen Einkunftsabgrenzung .....	83
2.4.3.2.2.4.1	Herleitung des Korrespondenzprinzips .....	83
2.4.3.2.2.4.2	Anwendung des Korrespondenzprinzips .....	87
2.4.3.2.2.4.3	Konsequenzen der korrespondierenden Zuordnung, insb. für den Umfang des deutschen Besteuerungsrechts.....	94
<b>3</b>	<b>Abkommensrechtlicher Bezugsrahmen und subjektive Einordnung.....</b>	<b>104</b>
3.1	Wesensmerkmale des Abkommensrechts .....	104
3.1.1	Zwecksetzung und normativer Status von DBA .....	104
3.1.2	Funktion und Wirkungsweise von DBA .....	106
3.2	Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen .....	109
3.2.1	Auslegungsgrundsätze des Völkervertragsrechts (Art. 31 ff. WÜRV).....	109
3.2.2	Bedingte lex-fori-Klausel (Art. 3 Abs. 2 OECD-MA) .....	115
3.2.3	Normative Bedeutung des OECD-Musterkommentars .....	122
3.2.3.1	Keine unmittelbare Rechtsverbindlichkeit .....	122
3.2.3.2	Keine mittelbare Rechtsverbindlichkeit .....	124
3.3	Subjektiver Schutzbereich und Abkommensanwendung.....	130
3.3.1	Allgemeine Anforderungen an die subjektive Schutzberechtigung .....	130
3.3.2	Notwendigkeit der Ausrichtung an der innerstaatlichen Besteuerungskonzeption.....	132
3.3.2.1	Transparenzprinzip im Domizilstaat der Personengesellschaft ...	132

3.3.2.1.1	Keine subjektive Schutzberechtigung bei transparenter Domizilstaatbehandlung .....	132
3.3.2.1.2	Subjektive Schutzberechtigung der Gesellschafter .....	135
3.3.2.2	Intransparenzprinzip im Domizilstaat der Personengesellschaft .....	136
3.3.2.2.1	Problembereich .....	136
3.3.2.2.2	Maßgeblichkeit der Sitzstaatsqualifikation .....	138
3.3.2.2.2.1	Meinungsstand.....	138
3.3.2.2.2.2	Empfehlungen der OECD im Partnership-Report .....	143
3.3.2.2.2.2.1	Grundsätze der quellenstaatsbezogenen Abkommensanwendung.....	144
3.3.2.2.2.2.2	Grundsätze der ansässigkeitsstaatsbezogenen Abkommensanwendung.....	146
3.3.2.2.2.2.3	Schlussfolgerungen zur OECD-Auffassung in Bezug auf eine (umfassende) Maßgeblichkeit der Sitzstaatseinordnung.....	147
3.3.2.2.2.3	Auffassung der deutschen Finanzverwaltung .....	153
3.3.2.2.2.4	Eigene Ansicht .....	156
3.3.2.2.2.4.1	Abkommensautonome Auslegung .....	156
3.3.2.2.2.4.2	Keine Vorprägung durch die Grundsätze des innerstaatlichen Rechts zur Einkünftezurechnung.....	161
<b>4 Abkommensrechtliche Beurteilung bei beiderseitigem Transparenzprinzip ....</b>		<b>171</b>
4.1	Abkommensrechtliche Einkunftsartenzuordnung.....	171
4.1.1	Unternehmensgewinne i.S.v. Art. 7 OECD-MA.....	171
4.1.1.1	Sachziel der Auslandspersonengesellschaft und abkommensrechtlicher Unternehmensbegriff .....	171
4.1.1.2	Vorprägung durch Fiktionstheorien des nationalen Steuerrechts bei (partiell) inadäquatem Sachziel?.....	176
4.1.2	Zwischenstaatliche Zuordnung des Unternehmens der ausländischen Personengesellschaft.....	182
4.1.3	Betriebsstätte der Personengesellschaft in ihrem Sitzstaat.....	186
4.2	Zwischenstaatliche Aufteilung des Gewinnanteils .....	192
4.2.1	Vorranganordnung des Art. 7 Abs. 7 OECD-MA .....	192
4.2.2	Präzisierung des Tatbestandsmerkmals „tatsächliche Zugehörigkeit“ .....	196
4.2.2.1	Verständigungsmemorandum zum Revisionsprotokoll zum DBA-USA 1954/1965 .....	196

4.2.2.2	Funktionaler bzw. funktionsorientierter Zuordnungsmaßstab ....	198
4.2.2.3	Zur (Un-) Beachtlichkeit der funktionalen Betrachtungsweise des AStG .....	205
4.2.2.4	Sachzielbasierter Zuordnungsimperativ .....	211
4.2.2.5	Eigene Auffassung und systematische Einordnung .....	215
4.2.2.5.1	Systematik der Vermögensabgrenzung.....	215
4.2.2.5.2	Steuerliche (Gesamthands-) Betriebsvermögenssphäre der Auslandspersonengesellschaft als vermögensmäßige Ausgangsbasis .....	217
4.2.2.5.3	Keine einschränkenden Zurechnungsgrundsätze auf Ebene des Unternehmensgewinnartikels .....	219
4.2.2.5.4	Abkommensautonome Auslegung .....	223
4.2.2.5.5	Betriebsstättenvorbehalte vs. Postulat zwischenstaatlicher Verteilungsgerechtigkeit .....	230
4.2.3	Besteuerungsfolgen im Sitzstaat der Personengesellschaft.....	234
4.2.4	Besteuerungsfolgen im Ansässigkeitsstaat des Gesellschafters .....	235
4.2.4.1	Traditionelle Auffassung.....	235
4.2.4.2	Keine Anwendbarkeit des Betriebsstättenvorbehalts im Ansässigkeitsstaat? .....	236
4.2.4.2.1	Streitgegenstand: obiter dictum des BFH v. 7.8.2002 .....	236
4.2.4.2.2	Auffassungen von Wassermeyer und Gosch .....	237
4.2.4.2.3	Eigene Auffassung und Reflexion der Schrifttumsäußerungen.....	239
4.3	Leistungsbeziehungen zur Auslandspersonengesellschaft.....	247
4.3.1	Überlassung von Fremdkapital .....	247
4.3.1.1	Abkommensrechtlich isolierte Anknüpfung.....	247
4.3.1.2	Zuordnung der Zinseinnahmen .....	259
4.3.1.2.1	Keine Zuordenbarkeit zu einer (vermittelten) Betriebsstätte der darlehensnehmenden Personengesellschaft.....	259
4.3.1.2.2	Keine Zuordenbarkeit zu einer Gesellschafterbetriebsstätte....	265
4.3.1.3	Zuordnung des Zinsaufwands.....	266
4.3.1.3.1	Mittelverwendung für Zwecke rechtlich unselbstständiger Teileinheiten.....	267
4.3.1.3.2	Mittelverwendung für Zwecke der Refinanzierung des Beteiligungsengagements an einer Personenuntergesellschaft .....	269
4.3.1.4	Ermittlung und Besteuerung des Zinsergebnisses.....	270

4.3.1.4.1	Gewinnermittlung durch Sonderbilanzierung.....	270
4.3.1.4.2	Bilanzierung der Darlehensforderung .....	271
4.3.1.4.2.1	Zugangsbilanzierung .....	271
4.3.1.4.2.2	Erfolgswirksamkeit von Wertveränderungen am Forderungsstammrecht .....	273
4.3.1.4.3	Refinanzierung des Gesellschafterdarlehens.....	279
4.3.1.4.4	Ausübung des deutschen Besteuerungsrechts vor dem Hintergrund des Verhältnisses von Abkommensrecht zu innerstaatlichem Recht.....	281
4.3.1.4.4.1	Positiver Gesamtgewinnanteil .....	283
4.3.1.4.4.1.1	Positives Zinsergebnis .....	283
4.3.1.4.4.1.2	Negatives Zinsergebnis .....	289
4.3.1.4.4.2	Negativer Gesamtgewinnanteil .....	292
4.3.2	Nutzungsüberlassung von Wirtschaftsgütern .....	293
4.3.2.1	Unbewegliches Vermögen .....	293
4.3.2.1.1	Zwischenstaatliche Aufteilung der Miet- oder Pachtzinsen.....	293
4.3.2.1.2	Gesellschafterbezogene Gewinnermittlung .....	296
4.3.2.1.2.1	Eigenbetriebliche Gewinnermittlungssphäre, insb. die Aufdeckung stiller Reserven.....	297
4.3.2.1.2.1.1	Abgrenzung der betrieblichen Gewinnermittlungsveranstaltung durch den Entnahmetatbestand.....	299
4.3.2.1.2.1.1.1	Entnahmetatbestand des § 4 Abs. 1 S. 2 EStG.....	299
4.3.2.1.2.1.1.2	Die in den Bewertungsvorschriften normierte Rechtsfolge.....	303
4.3.2.1.2.1.2	Verwirklichung des Entstrickungstatbestandes?.....	307
4.3.2.1.2.1.2.1	Auslegung von § 4 Abs. 1 S. 3 EStG.....	308
4.3.2.1.2.1.2.2	Keine Entstrickung bei eingeschränktem inländischen Besteuerungsrecht .....	314
4.3.2.1.2.1.2.3	Mangels Tatbestandsverwirklichung keine Bewertungsfolge .....	320
4.3.2.1.2.1.3	Notwendigkeit einer systemkonformen Abstimmung .....	320
4.3.2.1.2.1.3.1	Kein Konkurrenzverhältnis auf Tatbestandsebene.....	321
4.3.2.1.2.1.3.2	Bewertungsvorschriften.....	322
4.3.2.1.2.1.3.3	Überlegungen de lege ferenda .....	324
4.3.2.1.2.2	Sonderbilanzielle Gewinnermittlung der Folgeperioden.....	327
4.3.2.1.2.2.1	Zugang in der Sonderbilanz und Bewertung.....	328

4.3.2.1.2.2	Sonderfragen der Einkünfteermittlung.....	328
4.3.2.2	Bewegliche Wirtschaftsgüter .....	330
4.3.2.2.1	Immaterielle Wirtschaftsgüter .....	330
4.3.2.2.1.1	Zwischenstaatliche Aufteilung .....	330
4.3.2.2.1.1.1	Abkommensrechtlich isolierte Anknüpfung.....	330
4.3.2.2.1.1.2	Zuordnung der Lizenzgebühren .....	334
4.3.2.2.1.1.2.1	Grenzen der Zuordenbarkeit zur vermittelten (Personengesellschafts-) Betriebsstätte.....	334
4.3.2.2.1.1.2.2	Normative Wirkkraft des Umkehrschlusses .....	338
4.3.2.2.1.1.2.3	Rechtsfolgen im Domizilstaat der Personengesellschaft ..	340
4.3.2.2.1.1.3	Rechtsfolgen im Ansässigkeitsstaat des Gesellschafters ..	341
4.3.2.2.1.1.3.1	Anwendung des Methodenartikels .....	341
4.3.2.2.1.1.3.2	Unilaterale switch-over-Klausel des § 50d Abs. 9 EStG ..	351
4.3.2.2.1.2	Ertragsteuerliche Implikationen des Transfervorgangs .....	362
4.3.2.2.2	Materielle Wirtschaftsgüter .....	366
4.4	Erträge aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften .....	368
4.4.1	Beurteilung nach originär innerstaatlichem Recht.....	368
4.4.2	Zwischenstaatliche Aufteilung.....	369
4.4.2.1	Abkommensrechtlich isolierte Anknüpfung.....	369
4.4.2.2	Rechtsfolgen im Domizilstaat der Personengesellschaft .....	376
4.4.2.3	Rechtsfolgen im Ansässigkeitsstaat des Gesellschafters .....	377
4.4.2.3.1	Anwendung des Methodenartikels .....	377
4.4.2.3.2	Unilaterales Switch-over nach § 50d Abs. 9 EStG.....	379
4.5	Refinanzierung der Beteiligung an der ausländischen Personengesellschaft .....	380
4.5.1	Beurteilung nach den Gewinnermittlungsgrundsätzen für Mitunternehmereinkünfte .....	380
4.5.2	Keine Zuordenbarkeit zwischen verschiedenen Gewinnermittlungssphären.....	382
4.5.3	Zuordnung innerhalb der Einkunftsabgrenzungssphäre der Personengesellschaft.....	383
<b>5</b>	<b>Abkommensrechtliche Beurteilung bei intransparenter Domizilstaatsbesteuerung .....</b>	<b>388</b>
5.1	Thesaurierte Gewinne .....	389
5.1.1	Abkommensrechtliche Einkunfts-kategorie .....	389
5.1.1.1	Einordnung unter den Unternehmensgewinnartikel und Unternehmenszuordnung .....	389

5.1.1.2	Keine Subsumtion unter den Dividendenartikel .....	393
5.1.2	Umfang der Freistellungsverpflichtung nach Art. 7 Abs. 1 S. 1 OECD-MA.....	396
5.1.3	Reichweite des Methodenartikels .....	398
5.1.3.1	Anwendungsvoraussetzungen.....	398
5.1.3.2	Konsequenzen auf der Rechtsfolgenebene .....	403
5.1.3.2.1	Unwirksamkeit der konkret vereinbarten Vermeidungsmethode .....	403
5.1.3.2.2	Unwirksamkeit etwaiger Aktivitäts-/ Produktivitätsvorbehalte.....	403
5.1.3.2.3	Progressionsvorbehalt.....	405
5.1.4	Treaty override durch § 50d Abs. 9 EStG?.....	412
5.1.5	Treaty override durch § 20 Abs. 2 AStG.....	414
5.2	Gewinnausschüttungen .....	416
5.2.1	Übereinstimmende Subsumtion unter den Dividendenbegriff des Art. 10 Abs. 3 OECD-MA .....	416
5.2.2	Beschränkung des Quellenbesteuerungsrechts .....	418
5.2.3	Kein deutsches Besteuerungsrecht .....	419
5.2.3.1	Ansässigkeitsstaatsbezogene Verteilungsregeln für Dividenden ..	419
5.2.3.2	Nicht steuerbare Gewinnentnahmen nach deutschem Steuerrecht de lege lata .....	420
5.2.3.3	Besteuerungsrecht im Lichte der Unternehmensteuerreform 2008: entnahmeinduzierte Nachbelastung thesaurierter Gewinne .....	425
5.3	Leistungsbeziehungen zur subjektbesteuerten Personengesellschaft.....	430
5.3.1	Zwischenstaatliche Besteuerungsrechtszuweisung.....	430
5.3.1.1	Eigenständige Subsumtion unter die Verteilungsnormen .....	430
5.3.1.2	Rechtsfolgen im Domizilstaat der Personengesellschaft .....	433
5.3.1.3	Rechtsfolgen im Ansässigkeitsstaat des Gesellschafters .....	433
5.3.2	Ertragsteuerliche Implikationen des Transfervorgangs .....	436
5.3.3	Separierung und Besteuerung der Teilgewinnbestandteile.....	441
5.3.3.1	Ermittlung der freizustellenden Teilgewinnkomponente.....	441
5.3.3.2	Ermittlung der Teilgewinnkomponente mit Anrechnungsverpflichtung.....	444
5.3.3.3	Ausübung des deutschen Besteuerungsrechts .....	444
<b>Literaturverzeichnis.....</b>		<b>449</b>
<b>Entscheidungsverzeichnis.....</b>		<b>480</b>

<b>Verzeichnis der Verwaltungsanweisungen.....</b>	<b>485</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>487</b>